

28. Juli 2000

## **P r e s s e e r k l ä r u n g**

### **Internationaler Appell an Berliner Senat und Bundestag für die Errichtung des Holocaust-Denkmal beim Reichstag**

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma ist erfreut, dass eine derart herausragende Reihe von Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland diesen internationalen Appell anlässlich des Auschwitz-Gedenktages am 2. August unterzeichnet hat. Die Unterzeichner erwarten vom Deutschen Bundestag und Berliner Senat, dass sie der Errichtung des nationalen Holocaust-Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma auf dem zugesagten Standort beim Reichstag genauso zustimmen, wie sie vor einem Jahr beschlossen, das Denkmal für die ermordeten Juden Europas jetzt südlich des Brandenburger Tors zu bauen.

Zu den Erstunterzeichnern gehören Simon Wiesenthal, Paul Spiegel und Michel Friedman, der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte, IG Metall-Vorsitzender Klaus Zwickel und Vorsitzende weiterer Gewerkschaften, Schauspieler wie Senta Berger, Horst Buchholz, Hannelore Elsner und Armin Mueller-Stahl, die Schriftsteller Günter Grass, Siegfried Lenz, Johannes Mario Simmel und andere; außerdem Bundestagsabgeordnete und Politiker wie Klaus Kinkel und Edzard Schmidt-Jorzig, Eckhardt Barthel, Gregor Gysi und Petra Pau, Egon Bahr und Altbundeskanzler Helmut Schmidt. Auch Stadtentwicklungssenator Peter Strieder und Bezirksbürgermeister Jörn Jensen, die sich in besonderer Form für das Denkmal in der Nähe des Reichstags einsetzen, unterzeichneten den Appell, ebenso wie US-Senator Moynihan, US-Kongressabgeordneter Bob Filner, 22 Abgeordnete des Japanischen Parlaments mit dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Fraktion und weitere Persönlichkeiten wie Reinhold Messner, Hans Christian Krüger als Stellvertretender Generalsekretär des Europarats und Rainer Voss als Vorsitzender des Deutschen Richterbunds.

Sie alle erinnern mit dem Appell an die im Jahre 1994 gegebenen Zusagen des Berliner Senats, der Bundesregierung und der damaligen Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth zu dem Standort für das Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma, das zeitgleich mit dem Denkmal für die ermordeten Juden errichtet werden soll. In dem Appell ist auch die klare Haltung von Bundeskanzler Gerhard Schröder und Kultur-Staatsminister Michael Naumann für den Standort beim Reichstag hervorgehoben.

Die Unterzeichner begrüßen unseren Vorschlag, das Denkmal beim Reichstag ohne Veränderung der bewaldeten Grünfläche zu errichten und den international angesehenen Künstler Dani Karavan in Paris mit einem Entwurf zu beauftragen. Aufgrund einer Übereinkunft im Senat soll Stadtentwicklungssenator Strieder jetzt einen Gestaltungsvorschlag vorlegen. Dazu setzte sich Strieder bereits mit dem

Künstler in Verbindung. Karavan sagte mir am vergangenen Montag, dass er den Auftrag zur Schaffung eines Modells annehmen wolle. Karavan ist bereit, nach Fertigstellung seines Entwurfs diesen den zuständigen Vertretern von Bundestag, Bundesregierung, Berliner Senat und Abgeordnetenhaus bei einem Ortstermin zu erläutern. Das entspricht auch dem Wunsch von Bundestagsabgeordneten aus den Fraktionen der CDU/CSU, PDS, Grünen und FDP, mit denen ich am 23. Mai und 8. Juni 2000 einzeln sprach und die meinen Vorschlag für eine fraktionsübergreifende Entschließung befürworteten. Auch die SPD-Fraktion ging in dem Gespräch am 17. Mai 2000 von der Errichtung des Denkmals auf dem vorgesehenen Standort beim Reichstag aus.

Bei dem Denkmal kommt es auf die Aussage und Wirkung an, wie sie Bundespräsident Roman Herzog am 16. März 1997 formulierte: "Der Völkermord an den Sinti und Roma ist aus dem gleichen Motiv des Rassenwahns, mit dem gleichen Vorsatz und dem gleichen Willen zur planmäßigen und endgültigen Vernichtung durchgeführt worden wie der an den Juden. Sie wurden im gesamten Einflussbereich der Nationalsozialisten systematisch und familienweise vom Kleinkind bis zum Greis ermordet." Dieses Zitat ist auch Teil des Appells.

Diese historische Bedeutung des Holocaust an den Sinti und Roma, die auch der amtierende Botschafter Israels, Gesandter David Walzer, in seinem der Presse vorliegendem Schreiben vom 6. Juli 2000 betonte, läßt es nicht zu, das Gedenken als unbestimmte Fußnote im Rahmen des Gesetzes zur "Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas" zu erwähnen und in einem "Beirat" die Zusagen für unser Denkmal beim Reichstag in Frage zu stellen. Deshalb schrieb ich am 28. April dieses Jahres an Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, der Vorsitzender dieser Stiftung ist, dass eine Mitwirkung des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma in einem solchen Beirat nicht möglich ist.

Ich ergriff die Initiative zu dem internationalen Appell, damit das im Jahre 1994 auf Wunsch des damaligen Präsidenten des Zentralrats der Juden, Ignatz Bubis, und des Berliner Senats mit mir vereinbarte Junktim zur gleichzeitigen Errichtung der beiden Holocaust-Denkmale auf den vorgesehenen getrennten Standorten eingehalten wird. Dieses Junktim war Teil der damals getroffenen und von uns respektierten Entscheidung des Berliner Senats zum Bau eines separaten jüdischen Denkmals südlich des Brandenburger Tors.

Mit der öffentlichen Unterschriftenaktion für den Appell beginnt der Zentralrat am morgigen Samstag um 13.00 Uhr auf dem Standort vor dem Südeingang des Reichstags. Ich rufe die Berliner Bevölkerung auf, morgen zu dem dort vorbereiteten Informationsstand zu kommen und den Appell ebenfalls zu unterzeichnen.

Romani Rose